

## Heinz Stehr, der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Auswirkungen der Krisenerscheinungen des neoliberalen Kapitalismus haben die Verhältnisse in der Welt nachhaltig verändert, so auch jene in der Bundesrepublik Deutschland, einem bekanntermaßen hoch entwickelten kapitalistischen Land, das bis 2008 „Exportweltmeister“ ist. Allein die Bankenkrise forderte 800 Milliarden Euro zur Sicherung der Banken, letztendlich um die Vermögen der Reichen zu retten. Die Krisenlasten trägt die Bevölkerung. Im ersten Halbjahr 2009 gab es 16.650 Unternehmensinsolvenzen mit 254.000 vernichteten Arbeitsplätzen. Für das zweite Halbjahr 2009 werden weitere 18.500 Konkurse erwartet mit etwa 300.000 betroffenen Arbeitsplätzen. Im Winter 2009/2010 dürfte die offizielle Arbeitslosenzahl die Marke von 5 Millionen übersteigen. Nimmt man die durch Statistiktricks wegmanipulierten Arbeitslosen hinzu, dann dürfte die wahre Arbeitslosigkeit weit über 6 Millionen liegen.

In den Haushalten fehlen 2009, bezogen auf den Bund, die Bundesländer und Gemeinden, 45 Milliarden Euro. Bis Ende 2012 addieren sich die Steuerausfälle auf 316 Milliarden Euro. Die gesamte Staatsverschuldung steigt 2009 auf 1,7 Billionen Euro. Die Folgen daraus sind Kürzungen für Arbeitsmarktprogramm, Kürzung der Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung, in der Krankenversicherung müssen die Beschäftigten alleine die zusätzlichen Lasten tragen. Die Sozialversicherungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland werden negativ verändert. Die absolute Verarmung größer werdender Teile der Bevölkerung nimmt zu. In diesem reichen Land muss jedes dritte Kind unter Bedingungen von Armut groß werden. Mehr als ein Drittel aller Beschäftigten muss in Arbeitsverhältnissen tätig sein, die nicht Normalarbeitsverhältnisse sind. Die Tendenz ist steigend.

Wie ändert sich durch diese sich negativ weiter entwickelnde Situation das Bewusstsein? Es gibt Widerstand einzelner Belegschaften aus Betrieben und Verwaltungen und Branchen und von betroffenen Bevölkerungsgruppen. Es fehlt bisher umfassender gemeinsamer Widerstand, gerade auch aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Ein Grund hierfür ist die umfassende Angst vor Arbeitsplatzverlusten und sozialem Abstieg in der werktätigen und erwerbslosen Bevölkerung. Weitere Gründe sind der Antikommunismus, der anhaltend dafür sorgt, dass keine Alternative zum kapitalistischen Gesellschaftssystem diskutiert wird, und die geballte Medienmacht, die den Menschen suggeriert, man sei individuell schuld und selbst verantwortlich.

Antikapitalistische, sozialistische und kommunistische Kräfte haben nicht genügend Einfluss, keine gemeinsam entwickelte Strategie, um diese Situation wirksam zu verändern. Das ist jedenfalls die aktuelle Situation.

Nach den Wahlen zum Bundestag verschärfen sich die Widersprüche. Die bürgerlich-rechte Regierung vertritt in allen wesentlichen Fragen die Position der Bourgeoisie. Es wird auf die Entwicklung außerparlamentarischer Kämpfe ankommen, um vorhandene politische Positionen, die die Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung darstellen, politisch wirksam werden zu lassen. Die Mehrheit in der Bundesrepublik Deutschland ist davon überzeugt, dass es ungerecht zugeht. Die Mehrheit verlangt die sofortige Beendigung der Beteiligung am Krieg in Afghanistan. Die Mehrheit ist auch der Meinung, dass der Sozialismus grundsätzlich ein gutes Gesellschaftssystem ist, leider aber nicht machbar sei; das würden die Erfahrungen des vergangenen Sozialismus in Europa zeigen.

Wer sind die Kräfte, die in der Lage wären, politisch durchsetzungsfähig zu agieren? Das sind vor allen Dingen die Gewerkschaften, mit über 7 Millionen Mitgliedern nach wie vor der größte und entscheidende Faktor zur Formierung linker Politik. Die Herausforderung ist, in diesen vor allem reformistisch ausgerichteten Gewerkschaften klassenpolitische Positionen und entsprechende Kampfformen zu deren Durchsetzung zu entwickeln. Zu den unterschiedlichen Kräften der Linken gehören die linksreformistische Position, die vor allem durch die Partei DIE LINKE vertreten wird, sowie Positionen auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus, die sich neben der DKP auch in anderen Organisationen widerspiegeln. Von großer Bedeutung sind außerparlamentarisch orientierte Bewegungen, so zum Beispiel die Friedensbewegung, die Ökologiebewegung, die Demokratiebewegung, aber auch Bewegungen zu solchen Themen wie Migration, internationale Solidarität, Solidarität mit dem sozialistischen Kuba und zu andere gesellschaftlich diskutierten Problemen.

Diese Bewegungen zu bündeln und um als gemeinsam richtig erkannte Forderungen zu formieren, ist eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Zeit. Dabei geht es letztendlich nicht nur um die Formierung von Gegenkraft im nationalen Rahmen, sondern auch um Vernetzungen im Rahmen der Europäischen Union oder auch zu weltweit internationalen Herausforderungen.

Was ist aus der Sicht der DKP von der kommunistischen und Arbeiterbewegung in dieser Situation der tiefgreifenden Krisenerscheinungen des Kapitalismus zu erwarten?

Wir brauchen ein Aktionsprogramm zu entscheidenden Problemen, auf das wir uns verständigen, auch um in den jeweiligen Ländern, aber auch in international vernetzten Aktionen Druck für unsere Politik und unsere Forderungen zu entwickeln. Das könnte sein:

- a) Für Frieden, gegen jede Form von Krieg und Intervention
- b) Gemeinsamer Kampf gegen Arbeitslosigkeit

- c) Für das Recht von Migrantinnen und Migranten in der Welt
- d) Für ökologische Verhältnisse, die den Lebensinteressen der Völker entsprechen

Wir sollten uns verabreden, zum Beispiel zum 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, einen gemeinsamen Aufruf zu erarbeiten. Wir könnten den 8. Mai, den Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg, zum Anlass nehmen, nachdrücklich die Beendigung imperialistischer Kriege in allen Ländern zu vertreten. Wir könnten Referentinnen und Referenten für Veranstaltungen austauschen, die dann in dem jeweiligen anderen Land auftreten. Auch eine jährliche international besetzte Konferenz zu Themen entsprechend der Forderungen könnte ein solcher sinnvoller Beitrag sein.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir müssen die internationale Zusammenarbeit nachvollziehbarer und erlebbarer gestalten, so dass auch daraus neue Anziehungskraft für unsere Parteien entsteht. Die DKP ist davon überzeugt, dass gerade dieser globalisierten Welt des Neoliberalismus der proletarische Internationalismus entgegengesetzt werden muss. Che Guevara hatte Recht: Solidarität, das ist die Zärtlichkeit der Völker!